

## **Änderungsantrag**

**der Abgeordneten Dr. André Hahn, Susanne Ferschl, Gökay Akbulut, Dr. Birke Bull-Bischoff, Ulla Jelpke, Dr. Achim Kessler, Niema Movassat, Petra Pau, Sören Pellmann, Martina Renner, Dr. Petra Sitte, Kersten Steinke, Friedrich Straetmanns und der Fraktion DIE LINKE.**

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Fraktionen der CDU/CSU und SPD  
– Drucksachen 19/18111, 19/18156 –**

**Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite**

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Artikel 1 wird wie folgt geändert:

„2. Abschnitt

Koordinierung und epidemische Lage von nationaler Tragweite“.

- a) § 4b wird wie folgt geändert: „31. März 2021“ ersetzt durch „30. September 2020“;
- b) § 5 Absatz 4 wird wie folgt geändert: in Satz 1 wird „31. März 2021“ ersetzt durch „30. September 2020“.
- c) § 5 Absatz 4 wird wie folgt geändert: in Satz 2 wird „31. März 2021“ ersetzt durch „30. September 2020“.

2. Artikel 7 Absatz 4 wird wie folgt geändert:

„31. März 2021“ ersetzt durch „1. Oktober 2020“.

Berlin, den 24. März 2020

**Amira Mohamed Ali, Dr. Dietmar Bartsch und Fraktion**

## Begründung

Die momentane Entwicklung erfordert und rechtfertigt schnelle und entschlossene gesetzgeberische Maßnahmen. Bereits jetzt zeichnet sich ab, dass verschiedene Reaktionen zielgerichteter, schneller und koordinierter hätten beschlossen werden sollen. Die Regelungen im vorgelegten Gesetzentwurf zum Schutz der Bevölkerung bei einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite ist mit einem Geltungszeitraum von einem Jahr deutlich zu langfristig konzipiert und nicht auf den derzeitigen Ausbruch von SARS-CoV-2 beschränkt. Stattdessen sollte die Geltung der Regelungen, soweit im Einzelfall keine andere Regelung vorgesehen ist, bis zum 30. September 2020 befristet werden. So wäre sichergestellt, dass nach der laufenden Epidemie zusammen mit den Ländern auf Basis des bis 30. September 2020 von der Bundesregierung vorzulegenden Berichts ein stimmiges Gesamtpaket mit klareren Zuständigkeiten und breiter Akzeptanz und auf dem Stand des dann aktuellen Wissens auf den Weg gebracht wird.